

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, POSTFACH 04 06 09, 10063 BERLIN

Uli Cremer
cremer@gruene-friedensinitiative.de
Wilhelm Achelpöehler
achelpoehler@gruene-friedensinitiative.de

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Claudia Roth
Bundesvorsitzende
Cem Özdemir
Bundesvorsitzender

Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

FRAKTIONSVORSTAND

Renate Künast
Fraktionsvorsitzende
Frithjof Schmidt
Vize-Fraktionsvorsitzender
Jürgen Trittin
Fraktionsvorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 17. Dezember 2010

Euer Schreiben vom 16.10.2010 – Für eine Wende in der GRÜNEN Afghanistan-Politik

Lieber Uli, lieber Wilhelm,

Euer Brief gibt uns zu denken, gerade weil wir eine Reihe Eurer Annahmen nicht teilen. Er hat uns aber gefreut, weil ihr den Dialog mit uns sucht, zu einem Thema, das so schwierig ist, wie kaum ein anderes, das im Mittelpunkt unserer grünen Friedens- und Außenpolitik steht.

Die Situation in Afghanistan erfüllt uns und Euch mit großer Sorge. Wir sehen und kritisieren eine Militärstrategie, die auf **Eskalation** setzt. Die Strategie der gezielten Tötungen ist kein Beitrag für eine politische Lösung in Afghanistan. Sie sind vielmehr einer der Gründe, warum sich die Situation trotz aller Anstrengungen weiter verschlechtert.

Die derzeitige Strategie einer intensivierten Kriegsführung zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen am Verhandlungstisch lehnen wir ab. Dieses Konzept ist in sich widersprüchlich und wenig erfolgversprechend.

Wir fordern dagegen eine **zurückhaltende Militärstrategie**. Das bedeutet, die Bundeswehr und ISAF unterstützen bis 2014 die afghanische Regierung dabei, die größeren Städte und die zentrale Infrastruktur des Landes zu sichern und die ANF auszubilden.

Es wäre aus unserer Sicht falsch, zum jetzigen Zeitpunkt und aus dieser Kritik heraus für einen Sofortabzug einzutreten. Denn ein verantwortlicher Abzug braucht Zeit und eine gründliche Vorbereitung. Das geht nicht in wenigen Monaten. Ein Sofortabzug würde die noch schwache afghanische Zivilgesellschaft einem Bürgerkrieg zwischen Taliban und Warlords überlassen. Er

hätte eine Eskalation von Gewalt und Krieg zur Folge und würde vorhandene Aufbauenerfolge zunichte machen. Er wäre auch ein Destabilisierungsprogramm für die instabile Atommacht Pakistan. Daher halten wir eine solche Position für falsch.

Auf ihrem Gipfel am 19./20. November 2010 in Lissabon beschloss die NATO, ab nächstem Jahr mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung zu beginnen und bis Ende 2014 den Kampfeinsatz zu beenden. Unsere Nachbarn diskutieren derzeit über konkrete Abzugspläne oder haben sie bereits beschlossen:: Polen hat erklärt, in den kommenden zwei Jahren seine Truppen abzuziehen, die Niederlande hat ihre Truppen weitgehend abgezogen, die Kanadier wollen nächstes Jahr abziehen und auch Italien und Schweden haben Abzugspläne bis 2014 beschlossen. Sogar Herr Westerwelle kündigte erstmals auf dem NATO-Gipfel an, 2012 mit der Reduzierung der Bundeswehreinheiten beginnen zu wollen. Spätestens mit dem Beschluss des NATO-Gipfels wird klar, dass es jetzt um das „Wie“ und das „Wann“ des Abzugs geht.

Die Bundestagsfraktion hat aufgrund der Kritik am Vorgehen der Bundesregierung bereits seit 2008 dem Mandat im Bundestag nicht mehr mehrheitlich zugestimmt. Wie Ihr wisst, fordern wir seit langem, **im Rahmen einer zivilen Aufbauoffensive den schrittweisen Abzug der internationalen Truppen in die Wege zu leiten.**

Jedoch stellt uns auch ein Abzug vor ein Dilemma, weil dieser mit einer politischen Lösung einhergehen muss. Präsident Karzai versucht bereits seit längerem, eine Verhandlungslösung mit den Taliban zu erzielen. Mittlerweile mehren sich die Hinweise, dass dies auch von den USA unterstützt wird. Im Kern geht es um eine politische Lösung, die eine Machtteilung mit den wichtigsten bisherigen Gegnern beinhaltet. Dabei geht es um Verhandlungen mit nichtdemokratischen Kräften. Wir wissen: Da werden auch Kompromisse vorbereitet, die sehr, sehr schwierig werden. Daher drängen wir mit Blick auf die Menschenrechte auf die Einhaltung von klaren, roten Linien.

Aufgrund der Dilemmata, vor denen wir stehen, halten wir eine **Wirksamkeitsanalyse des Einsatzes seit 2001** für unerlässlich. Ein Sofortabzug, der auf Kosten der afghanischen Zivilbevölkerung geht, kann keine Lösung sein. Andererseits ist ein Verhandlungskompromiss ohne rote Linien ebenso wenig tragbar für uns. Aus diesem Grund halten wir die Evaluierung des Einsatzes nicht für ein „politisches Kampfziel“ zur Gesichtswahrung. Sie ist vielmehr eine Notwendigkeit, um über künftige Mandatsentscheidungen urteilen und wichtige Lehren für die Fähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft und der Vereinten Nationen zur multilateralen Friedenssicherung in der Zukunft ziehen zu können.

Mit besten Grüßen

 

Renate Künast

Cem Özdemir



Claudia Roth

 

Frithjof Schmidt

Jürgen Trittin